J-2 Für einen Ost New Deal

Gremium:	Landesvorstände Thüringen, Sachsen, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Berlin & der Bundesvorstand
Beschlussdatum:	28.09.2023
Tagesordnungspunkt:	J Kampagnenjahr 2024

Antragstext

Von blühenden Landschaften keine Spur
Blühende Landschaften, Freiheit, Sicherheit - das waren die großen Versprechungen nach der Wende. Während Reisefreiheit, stärkere gesellschaftliche Freiheiten und freie Wahlen tatsächlich eingelöst wurden, zeigte sich schnell auch die andere Seite der Wende: Große staatliche Unternehmen wurden von der Treuhand zerschlagen und vier von fünf Ostdeutschen verloren nach der Wende ihre Jobs. Dort, wo Menschen neue Arbeit fanden, waren ihre neuen Chefs vor allem Investor*innen aus Westdeutschland, die weder die Betriebe noch die Menschen kannten. Nach der Wiedervereinigung galt der Osten als Absatzmarkt für die Maximierung der Gewinne von Westfirmen. Auch heute noch werden viele Gewinne aus Wertschöpfung im Osten oft in den Westen oder ins Ausland abgezogen. Die Ausgestaltung des Systemwechsels der ehemaligen DDR in die BRD fand über die Köpfe der Menschen hinweg statt.

Während sich Macht- und Perspektivlosigkeit breit machten, hatten Neonazis leichtes Spiel, den Frust für ihre menschenverachtenden Ideologien zu nutzen. Bereits existierende Rechte Strukturen breiteten sich aus und wurden zum Nährboden für weiteren Hass.
Gastarbeiter*innen und Asylsuchende wurden zur Projektionsfläche von Frust und Ausweglosigkeit und damit Opfer brutaler Gewaltexzesse. Diese Gewalt, sowie das migrantische Leben in Ostdeutschland, finden bis heute kaum Platz in der ostdeutschen Geschichtsaufarbeitungen.

Die Erinnerungskultur in Ostdeutschland krankt aber noch an anderen Stellen: Die DDR-Geschichtsschreibung fokussiert bis heute vor allem auf die Unterdrückungsmechanismen des SED-Regimes. Was fehlt, ist die Mehrheit der DDR-Bevölkerung - und ihr Einsatz für einen demokratischen Staat.

Mit der Wende wurde die DDR-Vergangenheit der Menschen kollektiv abgewertet, und bis heute kommt die Erinnerung an die DDR in der Schule und im öffentlichen Raum viel zu kurz.

Der Frust einer ungleichen Wiedervereinigung bleibt bis heute

Der ostdeutsche Durchschnittslohn ist immer noch deutlich niedriger, die Tarifverträge für die gleiche Arbeit ebenfalls. Vermögen und Erbschaften sind strukturell bedingt viel geringer als im Westen. Jobperspektiven, egal ob für jung oder alt: Mangelware. Die Landeshaushalte sind klein, die Kommunen werden weiter kaputtgespart. Der demografische Wandel trifft besonders die strukturschwachen Gegenden im Osten.

Rechte Parteien und Organisationen werden bereits seit Jahren immer stärker. Während viele Deutsche immer wieder auf “den Nazis im Osten” rumhacken, wird die politische Linke im Osten immer schwächer. Für uns als GRÜNE JUGEND ist zudem klar: Die allgemeine Abwertung der Menschen im Osten muss ein Ende haben. Nicht alle Menschen im Osten sind rechts - doch die sozialen und geschichtlichen Hintergründe machen sie besonders anfällig dafür. Die aktive Zivilgesellschaft ist immer noch sehr klein und da wo es sie gibt, arbeitet sie unter den widrigsten Umständen: Schlechte Finanzierung, weite Distanzen und vor allem immer stärkere Anfeindungen bis hin zur Gewalt von Rechts gehören für Linke in Ostdeutschland zum Alltag.

Wir überlassen den Osten nicht den Rechten und kämpfen für einen Ost New Deal.

Gleiche Löhne für gleiche Arbeit

Auch nach über 30 Jahren Deutscher Einheit ist die materielle Ungleichheit zwischen West und Ost enorm. Ein wesentlicher Faktor für diese Ungleichheit sind die bis heute fortbestehenden Lohnunterschiede. Diese Ungerechtigkeit trägt entscheidend dazu bei, dass Menschen in Ostdeutschland das Gefühl haben, ihre Leistung sei weniger wert. Ein wesentlicher Grund für die Lohnunterschiede ist die deutlich geringere Tarifbindung. Gerade deshalb haben Arbeitskämpfe eine zentrale Bedeutung für das gute Leben im Osten. Voraussetzung dafür ist, dass mehr Menschen im Osten in Gewerkschaften eintreten und selbst für gute Arbeitsbedingungen, gerechte Löhne und eine aktive Beteiligung in Strukturwandelprozessen kämpfen. Wir als GRÜNE JUGEND unterstützen deshalb die Gewerkschaften im Osten umso mehr auf dem Weg zu mehr Tarifbindungen und in den Arbeitskämpfen gegen die Ungleichheiten zwischen Ost und West.

Raus aus der Kohle: Den klimaneutralen Umbau gemeinsam mit den Beschäftigten gestalten

Seit Jahren ist klar: Der Braunkohletagebau und die Kohleverstromung in den ostdeutschen Revieren haben keine Zukunft mehr. Ständig führen uns Extremwettereignisse vor Augen, wie dringend wir die eskalierende Klimakrise stoppen müssen. Sowohl die politisch Verantwortlichen als auch die Branche selbst gehen inzwischen von einem marktgetriebenen Kohleausstieg deutlich vor 2038 aus. Wer dennoch weiter auf Braunkohleförderung setzt, setzt auf

Deindustrialisierung, soziale Krisen und riskiert unsere Zukunft. Doch unter welchen Bedingungen der Kohleausstieg stattfindet und wie Perspektiven für die Menschen und Regionen geschaffen werden können, liegt in unserer Hand. Wir wollen keinen Strukturwandel, der von Konzernen und ihren Profiterwartungen getrieben wird, sondern eine regionale Entwicklung, in der die Menschen in der Region und die Beschäftigten der Braunkohleindustrie selbst die Treiber*innen der Veränderungsprozesse sind.

Den Rahmen für einen gerechten Strukturwandel setzen

Einen Strukturwandel im Sinne der Menschen kann es nur geben, wenn die Rahmenbedingungen für einen gerechten Wandel stimmen. Mit einer Statusgarantie könnte sichergestellt werden, dass alle Beschäftigten der fossilen Industrien neue Jobs mit vergleichbaren Tarifbedingungen erhalten. Mit einer allgemeinen Jobgarantie könnten gut bezahlte Jobs in den Kommunen entstehen und so Vollbeschäftigung und Stabilisierung in Zeiten wirtschaftlichen Abschwungs erreicht werden. Status- und Jobgarantie können die notwendige Sicherheit bieten, um optimistisch auf den Wandel blicken zu können. Darüber hinaus braucht es mehr langfristige Aus- und Weiterbildungsangebote für die Menschen in den Transformationsbranchen. Nicht zuletzt müssen durch eine planende und vorausschauende Industriepolitik und durch eine Stärkung der Daseinsvorsorge viele neue gut bezahlte und mitbestimmte Jobs entstehen. Dabei muss klar sein: Wann immer der Staat Unternehmensrisiken abfedert oder sich selbst finanziell beteiligt, muss auch öffentlicher Wohlstand unter demokratischer Kontrolle entstehen.

Ausbau der erneuerbaren Energien

Damit der Ausstieg aus der fossilen Energieerzeugung so schnell wie möglich passiert, ohne ganze Regionen zu deindustrialisieren, ist entscheidend, dass das Potenzial der erneuerbaren Energien in Ostdeutschland vollumfänglich genutzt und der Ausbau schneller als bisher vorangetrieben wird. In Ostdeutschland gibt es viele Flächen, auf denen problemlos im Einklang zwischen Mensch und Natur erneuerbare Energien gebaut werden können. Wir wollen, dass der Ausstieg aus fossiler Energieerzeugung und der Einstieg in die Erneuerbaren zum Ausgangspunkt der Demokratisierung unserer Energieerzeugung wird: Wir finden: Unternehmen, die erneuerbare Energien produzieren, gehören in die Hände der Menschen vor Ort.

Kohlekonzerne in die Verantwortung nehmen

Kohlekonzerne, die durch massive Umweltzerstörung enorme Gewinne eingefahren haben, haben eine Verpflichtung gegenüber der Allgemeinheit. Wir finden deshalb: Die Ewigkeitslasten müssen von den Konzernen selbst getragen werden. Sie müssen dafür sorgen, dass die Braunkohlefolgeflächen auch der Natur durch Renaturierung zurückgeführt werden. Die Transformation der ehemaligen Tagebaue hinzu einer neuen Nutzung muss an die Herausforderungen des Klimawandels, insbesondere der

Wasserknappheit, angepasst werden. Es ist die Pflicht der Betreiber, Pläne für die Sanierung vorzulegen und diese auch umzusetzen und auszufinanzieren. Es dürfen keine Steuergelder als Entschädigungen an Braunkohleunternehmen fließen.

Strukturwandel heißt auch: Das gute Leben vor Ort

Junge Menschen ziehen weg, die Grundversorgung mit Ärzt*innen, Lebensmittelgeschäften, Internet oder ÖPNV ist kaum gegeben oder im Rückbau. Wo kein Markt ist oder die klammen Kassen der Kommunen keine Spielräume lassen, werden die Daseinsvorsorge zurückgebaut und Menschen zurückgelassen - den ländlichen Raum trifft das besonders hart. Was es braucht, ist eine Politik, die die Bedürfnisse der Menschen im ländlichen Ostdeutschland endlich wieder in den Mittelpunkt stellt. Voraussetzung dafür ist, dass Länder und Kommunen finanziell stabiler aufgestellt werden und dass der Aufbau einer starken Daseinsvorsorge in öffentlicher Hand zur zentralen Säule in Strukturförderprogrammen wird.

More passion more energy more footwork

Ziel unserer Kampagnen zu den Landtags- und Kommunalwahlen 2024 im Osten ist, eine stärkere gesellschaftliche Linke in Ostdeutschland zu organisieren. Dafür wollen wir die reale Lebenssituation von jungen Menschen adressieren und langfristig neue Mitglieder für den Verband gewinnen.

Dafür heißt es im kommenden Jahr: Neue Wege gehen!
Wir wollen uns stärker mit Gewerkschaften vor Ort zusammentun und sie mit der Klimabewegung an einen Tisch bringen. Dafür kann #WirFahrenZusammen ein guter Ausgangspunkt sein. Wir brauchen Aktionsformate, die im ländlichen Raum und mit wenig Mitgliedern funktionieren. Eine Kampagne lebt von der Sichtbarkeit ihrer Teilnehmer*innen und von den vielen Gesprächen. Dafür braucht es im nächsten Jahr sowohl Sicherheitskonzepte als auch Ansprachetrainings.

Nie ohne unser Team!

Wir brauchen den gesamten Verband, um wirklich schlagkräftig zu sein. Mit einer guten Vorbereitung der Kampagne zur Europawahl wollen wir Aktionsformate entwickeln, die - thematisch angepasst - unkompliziert auch im Kommunalwahlkampf einsetzbar sind.
Wir wollen insbesondere die Ost-Landesverbände aktiv bei der Schulung ihrer Mitglieder zur Europakampagne unterstützen, da die in diesen Schulungen erworbene Skills auch für die folgenden Landtagswahlkampagnen von hoher Bedeutung sind. Eine große Kampagne kann am Ende des Tages nicht ohne viele Hände geschehen! Deshalb werden wir Wahlkampf Besuche in den entsprechenden Landesverbänden einplanen.

Als GRÜNE JUGEND warten wir nicht auf die blühenden Landschaften, sondern erkämpfen sie selbst!